

Dresdner Volkszeitung

Vollschlechts: Leipzig.
Raben & Rumpf, Nr. 20918. Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes. Erscheinungszeit:
Januar 1919.

Abohmentpreis einschließlich Bringerlohn monatlich 200 M. Durch
die Post bezogen vierjährlich 6.00 M., unter Kreisband für Deutschland
und Österreich-Ungarn 9.00 M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Bettinerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Spedition: Bettinerplatz 10. Tel. 25261.
Geschäftsstelle von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachts.

Abonnementpreis: die 7 gehaltene Monatsausgabe 50 M., darauf 40 Prozent
Zuzug, bei Familienanzeigen die Zeile 60 M. (ohne Zuzug).
Unterlate sind im voraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Aufnahme am vor-
gelesenen Tag kann nicht übernommen werden. Für Briefübersendung 20 Pf.

Nr. 222.

Dresden, Donnerstag den 25. September 1919.

30. Jahrg.

Das Scheitern der Leipziger Verhandlungen

Unerfüllbare Bedingungen

Die am letzten Sonnabend in Leipzig zwischen Vertretern der Sozialdemokratischen Partei und den Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei eingeleiteten Verhandlungen über die eventuelle Beteiligung der Unabhängigen an der Neubildung der sächsischen Regierung sind gescheitert.

Den Verhandlungen wurden die von der Landeskonferenz der Unabhängigen am 11. Juni 1919 aufgestellten Bedingungen zugrunde gelegt, die lauteten:

1. Befestigung des Belagerungszustandes und des Standes.
2. Entlassung der in Schachzettel befindlichen Personen.
3. Amnestie für die wegen politischer Vergehen Verurteilten und Inhaftierten. Niederschlagen aller Straftaten, die aus Anlaß des Belagerungszustandes eingeleitet sind.
4. Parität der beiden Gruppen in der Besetzung der Ministerstellen.
5. Keine Vertreter bürgerlicher Parteien in Ministerien.
6. Entfernung aller Reichstruppen aus Sachsen, Errichtung einer Volkswehr aus den Reihen der klassenbewußten Arbeiterschaft.
7. Gleichmäßige Regelung der Funktionen der Arbeiterräte als Organen der Selbstverwaltung der Gemeinden und der Betriebe als Hilfsmittel der Bergesellschaftung der Produktion und des Waren austausches. Zusammenfassung der Arbeiter- und Betriebsräte in einem Landesarbeiterrat. (§ 20 des sozialistischen Grundgesetzes.)
8. Planmäßige Bergesellschaftung der Wirtschaft nach sozialistischen Grundsätzen, die schreinig begonnen und energisch fortgeführt werden müssen. Überführung der wichtigsten Produktionsmittel und Betriebe der Industrie, Land- und Forstwirtschaft, des Handels und Verkehrs in Staatsbesitz.
9. Verpflichtung der Regierung, im Sinne dieser Grundsätze auf die Reichsregierung einzutreten.

Die endgültige Entscheidung über einen event. Eintritt in die Regierung trifft in allen Fällen die Landesversammlung.

Hierzu erklärten die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei:

Die Punkte 1, 2 und 3 können von der S. P. D. angenommen werden. Der Beschluss der Landesversammlung der S. P. D. über den Belagerungszustand braucht dem nicht entgegenzutreten.

Einverständnis besteht über Punkt 5.

Den Vorderungen im Punkt 6 stimmt die S. P. D. zu, soweit es sich um Truppen handelt, die infolge des Belagerungszustandes herbeigesogen worden sind.

Über Punkt 8 besteht Einverständnis, ebenso über Punkt 9. Strittig ist die Parität, die von der S. P. D. abgelehnt, von der U. S. P. aufrecht erhalten wird.

Über die Arbeiterräte besteht Einmütigkeit, daß die Beziehungen zur Durchführung der Sozialisierung aufrechterhalten werden müssen.

Die S. P. D. lehnt es ab, den Arbeiterräten politische Funktionen in dem Sinne zu geben, daß durch Beschlüsse der Arbeiterräte Beschlüsse der Parlamente aufgehoben werden können. Die Arbeiterräte sollen nicht das Recht haben, Volksabstimmungen herbeizuführen.

Die Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei forderten hingegen:

Einzuordnung der Räte in die Verfassung, entscheidende Mitwirkung bei der Gesetzgebung, Staats- und Gemeindeverwaltung und in den Betrieben.

Zu einer Verständigung über die gegenwärtlichen Auffassungen war schon im Kreise der Unterhändler nicht zu gelangen.

Am Dienstag hat nun, so berichtet die Freie Presse, der Landesvorstand der U. S. P. und die Volkskammerfraktion der U. S. P. zur Frage der gemeinsamen Regierungsbildung Stellung genommen. Dabei wurde die sogenannte parlamentarische Demokratie, d. h. die Vertretung der Parteien in der Regierung im Verhältnis zu ihrer Stärke als Merkmal der Demokratie bezeichnet, zu der sich die U. S. P. nicht gebrauchen lasse.

In der Frage der politischen Arbeiterräte — so stellte die U. S. P. bei ihrer Beschlusshaltung fest — bezweckt die S. P. D. keine Regierungsbildung nach dem Grundsatz der „proletarischen Demokratie“ und den Ansprüchen der „überwältigenden Mehrheit des Proletariats.“

Die Absage der U. S. P.

Soweit die Leipziger Freie Presse, der wir die Mitteilungen über die Verhandlungen mit den Unabhängigen entnehmen, Werturteileweise könnten gestern nicht nur die Leipziger Freie Presse, sondern auch die unabhängigen Zeitungen bereits ausführliche Mitteilungen über das Ergebnis der Verhandlungen bringen, während wir keine Nachrichten darüber hatten. Es wäre richtig gewesen, wenn der gesamte sozialistischen Presse rechtzeitig ein Bericht über die Leipziger Verhandlungen ausgestellt worden wäre.

Das Ergebnis der Verhandlungen zeigt, daß eine Aussicht auf das Zustandekommen einer rein sozialistischen Regierung, hinter der beide sozialistischen Parteien stehen, nicht vorhanden ist. Unsere Partei hat es sicher an keinem Willen nicht gefehlt. Wir waren bereit, den Unabhängigen große Zugeständnisse zu machen. So war es ein sehr weite-

gehendes Zugeständnis, wenn die Vertreter unserer Fraktion sich bereit erklärt haben, für die Aufhebung des Belagerungszustandes einzutreten. Haben wir doch erst jetzt aus den neuesten Mitteilungen über die kommunistischen Nord- und Ostschläge erfahren, daß es unter Umständen für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung sehr wichtig sein kann, wenn die Regierung die Waffe des Belagerungszustandes zur Hand hat, so selbstverständlich es natürlich auch ist, daß der Belagerungszustand nicht zur Verdrängung der politischen Meinungsfreiheit verwendet werden darf, solange im politischen Kampfe die durch das bestehende Recht gelegten Schranken nicht übersteritten werden.

Aber bei den Unabhängigen bestand nicht der gute Wille, eine Einigung mit der Wehrheitspartei herzustellen. Der Antrag Gaßan, der eine nochmalige Verhandlung mit den Unabhängigen forderte, war ja von den Unabhängigen mit Hohn und Spott behandelt worden. Die Dresdner Unabhängigen Volkszeitung schrieb damals von dem sonderlichen Erfolg, der mit der Annahme des Antrags Gaßan von der Landesversammlung gefahrt sei. Daß den Unabhängigen jeder Wille zur Einigung fehlt, geht ja auch daraus hervor, daß sie Bedingungen stellen, deren Erfüllung für die Wehrheitspartei auch beim besten Willen gar nicht möglich wäre. So verlangen sie z. B. Entfernung aller Reichstruppen aus Sachsen. Aber die Bestimmung darüber, wo sich Reichstruppen aufzuhalten, ist nicht Sache der sächsischen Landesregierung. Irrtümliche Zusagen, die die sächsische Regierung an die Unabhängigen geben würde, hätten keine praktische Bedeutung. Die Reichsinstanzen hätten es nicht notwendig, sich irgendwie darum zu kümmern.

Ebenso steht es mit der Frage der Errichtung einer Volkswehr aus den Reihen der Arbeiterschaft. Das Heerwesen ist nun einmal Reichssache und die einzelstaatlichen Regierungen sind darum nicht berechtigt, auf eigene Faust eine bewaffnete Macht nach ihrem Geschmack zu schaffen. Selbstverständlich ist auch, daß die Sozialdemokratische Partei, auf das Verlangen, den Arbeiterräten politische Funktionen zu geben, nicht eingehen könnte. Die Sozialdemokratische Partei wird sich von dem Wege der Demokratie nicht abringen lassen, nicht nur, weil sie an dem „formalen“ Prinzip der Demokratie festhält, sondern weil sie der Meinung ist, daß der sozialistische Aufbau, den wir wünschen, nur mit Hilfe der Demokratie, nur dann möglich ist, wenn die reiche Mehrheit des Volkes hinter uns steht. Ist das der Fall, dann genügt freilich auch die Demokratie, um alle möglichen Fortschritte auf dem Wege zum Sozialismus durchzuführen.

Ebensoviel konnte unsere Partei auf das Verlangen der Unabhängigen Partei auf eine paritätische Besetzung der Regierungsstellen eingehen. Dieser unabhängige Anspruch ist schon deswegen unberechtigt, weil wir in der Volkskammer ungewiß²¹, mal soviel Abgeordnete haben wie die Unabhängigen. Die Hauptfrage aber ist, daß wir nach unseren früheren Erfahrungen annehmen müssen, daß eine paritätische Regierung nicht in der Lage sein würde, die Aufgaben zu erfüllen, die eine jede Regierung erfüllen muß. Wir müssen deshalb die Vertreter der Unabhängigen in der Regierung uns die größten Schwierigkeiten machen wollen, wenn es darauf ankommt, bei Lösungen der öffentlichen Ordnung durch anarcho-sozialistische und kommunistische Elemente mit der gerügenden Energie durchzugehen. Wir wissen ja, daß selbst die gemäßigten Unabhängigen immer noch links schielen und es unter keinen Umständen mit den prahlstarken Herrschäften innerhalb des eigenen Partei und weiter links davon verbergen wollen. Eine sozialistische Regierung aber, die bei Unruhen versagte, wäre eine schwere Gefahr für unsre sozialistische Sache. Die Räte würden geradezu in das Lager der Reaktion getrieben werden, zeigte eine sozialistische Regierung nicht die genügende Energie, wenn es sich um die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung handelt. Eine paritätische Regierung könnte daher der ganzen sozialistischen Bewegung in Sachsen nur zu leicht einen nahezu unheilbaren Schaden bringen, der auch durch jahrelange Arbeit nie wieder gutzumachen wäre. Am Interesse der sozialistischen Zukunft Sachsen könnte daher unsre Partei auf diese Bedingungen der Unabhängigen nicht eingehen.

Wir glauben auch nicht, daß ein weiteres Entgegenkommen unserer Partei gegenüber der U. S. P. zu irgendwelchen Resultaten geführt hätte. Mag sein, daß es auch bei den Unabhängigen eine Richtung gibt, die eine Einigung mit uns ganz gerne sehen würde. Die Leute aber, die bei der U. S. P. den Ton angeben, wollen von einer Einigung nichts wissen. Es liegt ihnen nichts daran, daß Vertreter ihrer Partei in die Regierung einzutreten. Es sind Geister, die stets vorneinen und die sich nur wohlfühlen, wenn sie in der Rolle des ewig nörgelnden Kritikers verharren können. Sie wissen ganz gut, daß, wer heute regieren muß, die Wünsche der Massen nicht in vollem Umfang befriedigen kann, und ihnen kommt es nicht darauf an, daß sie etwas Politisches schaffen, sondern ihnen ist es nur darum zu tun, um jeden Preis möglichst viel Popularität zu erhaschen.

Am heutigen Tage wird eine Sitzung der Landesinstanzen unserer Partei darüber beraten, was nun geschehen soll. Auf die Unabhängigen fällt die Verantwortung dafür, wenn die Aufrechterhaltung einer rein sozialistischen Regierung in Sachsen nicht mehr möglich ist, trotzdem in unserer Volkskammer eine sozialistische Mehrheit vorhanden ist. Unsere Fraktion bleibt jetzt nichts andres übrig, als zu versuchen, gemeinsam mit der Demokratischen Partei eine Regierung zu bilden. Wenn es unsern Parteigenossen noch der Regierungsbildung nicht mehr möglich sein würde, unsre sozialistischen Ziele immer mit dem Nachdruck zu verfolgen, wie wir's wünschen, so müssen sich die Arbeiter bei der U. S. P. bedanken.

Selbstverständlich wird ein Zusammengang mit den Demokraten nur möglich sein, wenn diese bereit sind, der Tatsache genügend Rechnung zu tragen, daß bei den letzten Wahlen die Mehrzahl der Wähler sozialistisch gewählt hat und daß dies bei der Führung der Staatsgeschäfte stets beachtet werden muß. Es fällt natürlich nicht etwa die Arbeit daran, daß unsre Partei auf die Durchführung sozialistischer Forderungen verzichtet.

Die Tätigkeit unserer Regierung und unserer Partei in den vergangenen Monaten ist schon sehr erfolgreich gewesen. Es sind groÙe Fortschritte auf dem Gebiet der Schule gemacht, unserer Verwaltungseinrichtungen sind weitgehend demokratisiert worden. Wir müssen nun wünschen, daß auch im wirtschaftlichen Leben unsre sozialistischen Ideen, sowohl das in einem kleinen Wirtschaftsgebiet wie Sachsen geschehen kann, zur Gestaltung gebracht werden. Wir brauchen kaum erst noch einmal zu sagen, daß wir es nicht für möglich halten, aus Sachsen eine sozialistische Insel zu machen. Damit ist aber nicht gesagt, daß keine Möglichkeiten bestehen, sozialistische Maßnahmen innerhalb Sachsen durchzuführen.

Hoffen wir, daß heute unsre Landesinstanzen bei ihren Beratungen zu einem Ergebnis gelangen werden, das für unsre sozialistische Sache gute Früchte bringt. Welche Wege jetzt auch immer eingeschlagen werden, wir sind der festen Überzeugung, in nicht allzu langer Zeit wird der Gedanke in dem sächsischen Proletariat zum Siege gelangen, daß die Arbeiterschaft geschlossen und vereint auf dem Wege der Demokratie ihren sozialistischen Zielen zutreten muß.

Die Stellungnahme der sozialdemokratischen Fraktion

Im Dresdner Volkshaus stand heute eine gemeinsame Sitzung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion und der Bezirksvorstände statt; es galt Stellung zu nehmen zu der Situation, wie sie durch die ablehnende Haltung der U. S. P. gegeben ist. Fellisch gab Bericht über die Verhandlungen in Leipzig und betonte, daß die Verhandlungen deshalb besonders erschwert würden, weil sich zeigte, daß die Unabhängigen unter sich selber klar noch einig sind über das, was sie sich unter dem Motto in Stein vorzustellen haben. Eggers bestätigte das in einer Ergänzung des Berichts. Jede halbwegs vernünftige Regierung Lipinski oder Fleischer wurde von dem Leipziger Unabhängigen Liebmann korrigiert, worauf Lipinski und Fleischer jedesmal prompt zurückstießen. Fellisch und Eggers Bericht bewies vor allem auch, wie unstrittig und hältlos erfunden alle Kombinationen waren, die die bürgerlichen Blätter über die Verhandlungen brachten.

An den heutigen Bericht knüpfte sich eine lebhafte Debatte, die sich bis in die Nachmittagsstunden hinzog. Ein eingeschoder Bericht wird morgen gegeben.

Die kommunistische Mordverschwörung

Zu den Entwicklungen, wie sie Minister Hirch im preußischen Landtag über kommunistische Komplotten maakte, wird von wohlinformierter Seite auf Grund neueren Materials geschrieben:

Schon seit längerer Zeit besteht der ernste Verdacht, daß die radikalen Parteien auch den politischen Krieg zur Erreichung ihrer Ziele nicht scheuen. Vollständig einwandfreies Material darüber hat bisher der Offizientlichkeit noch nicht vorgelegt werden können. Nun ist und über dieser Tage ein Rundschreiben in die Hände gekommen, das den Stempel „Parteisekretariat des Spartakusbundes Groß-Sachsen“ trägt und „An die deutsch-böhmisches Genossen“ gerichtet ist. Es enthält das Treiben einer deutschen Kamerata, die feindselig auf „Groß-Sachsen“ beschaut ist, sondern sich sogar über die schwartzgoldenen Grenzen erstreckt. In der Einleitung dieses Schriftstücks heißt es, daß bald wieder an die deutschböhmischen Genossen der Ruf ergehen, mit dem Punkte gemeinsame Sache zu machen. Dann heißt es weiter: „Wie ihr bereits von unsern Beiträgern erfahren habt, sind diese zur Zeit in Berlin, Hamburg und Preußen kommunistische Gehirnwissenschaftler aller Gruppen der

Das Betriebsrätegesetz im Ausschuss

Der Ausschuss der Nationalversammlung zur Veratung des Betriebsrätegesetzes begann am Dienstag seine Beratungen. Nach kurzer Ausprache nahm der Ausschuss eine Einladung der industriellen Verbände zur Teilnahme an einer Diskussion über das Gesetz an. In der Öffentlichkeit erklärte der Reichsgerichtsrat Abg. Gelsens (Dem.) den Voraussetzungen des Gesetzes ist gut, seine Ausübung aber ist falsch. Gewerkschaften und Unternehmerverbände genügten zur Vertretung der betriebslichen Interessen. Der Reichsgerichtsrat legte einen von ihm ausgearbeiteten Entwurf vor. Er eadete an der Regierungsvorlage, daß diese in ihrer Tendenz zur Standardisierung in dem Bereich führen müsse. Abg. Ehrhardt (D.) wollte den Gesetzesentwurf mit dem Parteibundkampf aus betrachten wissen, sondern nur von wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Beider Meinungen waren noch nicht abgeschlossen, doch auf der einen Seite befand sich, insdialt zu zulasten, während andererseits die Unternehmer dominatorisch bestanden. Im Betriebsrat müßten alle Gruppen der Arbeiter und Angestellten gleichberechtigt vertreten sein.

Abg. Dr. Möstle (Deutschland): Die heutige Gestaltung des Gesetzes bietet eine große Quelle der Unzufriedenheit, die der Entwicklung unseres Wirtschaftslebens entgegenwirkt. Auf einen Punkt gehen wir noch ein besonderes Gewicht, daß die Organisation der Arbeitnehmer und Angestellten im gesetzlichen Ausdruck erfolgen soll, deren Spuren zusammen den Betriebsrat zu bilden haben. Denn nur hierdurch können die Interessen der einzelnen Gruppen gewahrt werden.

Abg. Baader (Soz.): Der politischen Revolution muss die wirtschaftliche Revolution folgen. Die Arbeiter müssen vollständig bestimmt werden. Die Regierungsvorlage ist trotz manchen Mängeln eine geeignete Grundlage zur Schaffung eines Betriebsrätegesetzes. Die Entlastung und Einsichtung nach dem Räten eingeräumt werden, damit die Willkür der Arbeitgeber auf diesem Gebiet gebrochen wird. Die Verantwortung ist für die Arbeiter groß, sie muß aber getragen werden. In diesen und ähnlichen Fragen des Gesetzes darf keine Abstimmung erfolgen.

Abg. Behrens (Deutschland): Die Regierungsvorlage ist zu stark und unzureichend, der Zielgestaltung infrest Wirtschaftslebens bedenkenlos Rechnung zu tragen. Die Ausgestaltung und Anpassung, durch Vereinbarungen der einzelnen Gewerkschaften entstehend, müsse durch Verordnungen des Reichsarbeitersministers unter Mitwirkung der Berufs- und Wirtschaftskammern und Kontrolle der Reichskommission erfolgen. Man hätte zuerst die Gesetze zur Schaffung eines Reichswirtschaftsrates

und der Betriebsräte vorlegen und diese errichten lassen. Diese Körperschaften hätten dann bei sozialen Belangen mitwirken können.

In der Nachmittagssitzung führte Reichsarbeitersminister Schlieck aus, daß es falsch sei, daß das Gesetz einen Gegenstand zwischen Arbeitgeber und Arbeitern darstelle. Die Gegenseite bestanden schon vor dem Gesetz. Das vorliegende Gesetz sei eigentlich nur ein Rahmenkonzept. Sollen den Betriebsräten durch Tarifverträge erweiterte Rechte zugestanden werden, so sei dies regierungstechnisch gegen nichts einzuwenden. Mit dem vom Demokraten vorgelegten Entwurf könne sich der Minister nicht einverstanden erklären.

Abg. Gelsens (Dem.) erläuterte nochmals seinen Entwurf. Die Mehrheit der Demokraten sei gegen die Vorlage der Sozialen und gegen die Teilnahme der Betriebsräte in dem Ausschuss der Gesellschaften, wie es die Vorlage vorschreibt.

Die Umsatzsteuer in der Kommission

Der 12. Ausschuss der Nationalversammlung begann am Mittwoch seine Beratungen über die Umsatzsteuer.

Ein Vertreter der Sozialistischen Partei vertrug die Präsentation bis zur Erledigung der direkten Steuern; das Gesetz könne die mit der Umsatzsteuer verbundene Last nicht tragen. Ein Vertreter der Demokratischen Partei äußerte sich zu diesem Antrag dahin, daß, wenn die Sozialdemokratische Partei ihren Antrag aufrecht erhält, die Deutschnationalen Partei es nicht als ihre Aufgabe ansieht, sondern einen solchen Antrag einer Regierungspartei zu füllen zu bringen und die Regierung gegen diesen Antrag zu schützen. Das wäre eine parlamentarisch unmöglich Situation.

Reichsfinanzminister Erbberger erklärte an, daß die Regierung die Bevölkerung sehr hoch sei, daß jedoch die Finanznot des Reiches gesetzlicher hohe Steuern erfordere. Das ganze Haushaltungsprogramm sei so aufgebaut, daß direkte und indirekte Steuern zu gleicher Zeit befreist werden müßten. Wirtschaftlich höhere Sätze lohen für die direkten Steuern nicht möglich; einen Erfolg für die indirekten Steuern gebe es nicht. Wenn jetzt nicht die Umsatzsteuer befreist werde, sei wieder ein Jahr verloren. Für die Regierung sei die Präsentation des Umsatzsteuergesetzes mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen unannehmbar.

Der Vertreter der Wehrheitssozialisten hält demgegenüber einen Antrag aufrecht.

Geheimer Regierungsrat Oppen führte aus, daß das Gesetz am 1. Januar nächsten Ingots in Kraft treten müsse. Es sei daher erforderlich, jetzt mit den Beratungen zu beginnen, damit der Kaufmann sich rechtzeitig vorbereiten könne. Erst, wo alles in wirtschaftlicher Hinsicht noch in Bewegung sei, könne der Kaufmann sich leichter auf die Neubefreiung einstimmen als später, wenn die Verhältnisse sich kontrahieren würden.

Ein Vertreter der Deutschen Volkspartei schlug Verlegung vor, bis der Reichsfinanzminister sich mit den Wehrheitsparteien verständigt hätte.

Noch längeres Debattie regte ein Vertreter der Wehrheitspartei an, die Sitzung abzubrechen, damit die mehrheitlich sozialistische Fraktion die Anzeigekosten berennen könne. Dem wurde zugestimmt, nachdem noch dem Verbraucher über die Verabsiedlung eines Vertreters der Demokratischen Partei Ausdruck gegeben war.

Die nächste Sitzung soll am Freitag stattfinden.

Deutsches Reich

Die bayerischen Eisenbahner gegen Ottokararbeit

München, 24. September. Die Tagung der Betriebsräte der Post- und Eisenbahnverwaltung Bayerns erkannte die Notwendigkeit einer restlosen Rückführung zur Wiederauftrittung des Wirtschaftslebens an, lehnte jedoch eine Wiedereinführung der Ottokararbeit ab.

Die Erholung der deutschen Valuta

Die seit etwa acht Tagen zu verzeichnen ist, hat bereits einen beschränkten Umfang angenommen. Der 15. und 16. September waren die schwierigsten Tage in der Entwicklung der deutschen Valuta. Wie sie sich jüngst und im Vergleich mit den Ereignissen früheren Jahres gestaltet hat, wird aus der folgenden Zusammenstellung erschlossen:

Witzenau 2. 1. 19 10. 7. 19 18. 8. 19 15. 9. 19 28. 9. 19
Rosenhagen 88,80 47,45 20,80 23,01 15,00 16,00

Stockholm 88,80 44,00 27,50 21,25 18,60*) 18,25

Amsterdam 59,25 88,40 * 17,00 12,70 8,75 11,18

Büttow 12,45 60,00 37,60 29,80 19,00*) 25,00

*) 18. 9.

Am Mittwoch den 23. September vor 20,25 auf 28

umgekehrt, begannen bald die Notierungen in Kopenhagen und Amsterdam am 23. September bereits einen etwas höheren Stand als gestern erreicht. Offiziell geben vor einer Sitzung der Münze in Berlin noch die langsame Beziehung der deutschen Valuta auf die Intervention der internationalen Hochfinanz zu erkennen. In den letzten Tagen sollen amerikanische, holländische und schweizerische Banken im neutralen Ausland über mehrere hundert Millionen Mark deutsche Banknoten aufgekauft und aus dem Weltmarkt gezogen haben, um einer weiteren Entwertung des Marktes vorzubeugen. Ob diese Meldung� zuverlässig ist?

Dresdner Volkszeitung

Seit von hier aus schwer nachprüfen. Dennoch scheint man aber im weiteren Ablauf die Überzeugung erlangt zu haben, daß die Entwicklung der Mark die berechtigten Grenzen überschritten hat. — Das Vorwissen der Aufwärtsbewegung des Marktes konnte man in der letzten Zeit an der Berliner Börse beobachten, wo die Notierungen an ausländische Wechsel fast ununterbrochen zurückgingen. Es ermöglichten sich in der Zeit vom 16. bis 23. September (alles Wirtschaftsleben): Kopenhagen von 1151 auf 950, Copenhagen von 600 auf 540 Stockholm von 720 auf 616, Kristiania von 700 auf 583, Helsingfors von 140 auf 133, Schweden von 531 auf 440 und Spanien von 550 auf 450.

Theorie und Praxis

Täglich erleben die Nazis ein großes Gescheh, daß die Menschen auch von natürlichen Dingen noch Stören erleben. Im Freistaat Sachsen, wo die Nazis selber regieren, bringen sie es als einzige im ganzen Reich sogar fertig, die Einkommen bis 1200 M. zu versteuern. Die Arbeitslosen von Hera hatten August gefordert, daß die Einkommen bis 3800 M. steuerfrei bleibten. Darauf teilte die umstehende Notierung nach der unbedingten Weisheit mit, daß das nicht gebe, man könne den Bürger, die über 3000 M. hätten, nicht zumuten, die eine Million Wehrbefreiung zu tragen! Sie müßten sowieso schon das Kriegsmotiv und die Vermögensabgabe tragen! Schon gegen die Steuerbefreiung der Einkommen bis 1200 M. ließen sich sehr berechtigte Bedenken erheben!

Die Notierungen der Arbeitslosen wurden also abgelehnt. Wenn aber in anderen Freistaaten ähnlich verfahren würde — was für ein Gesetz würden die Unabhängigen erheben.

Für die Gefangenen

An die französische Kammerfraktion richtet die sozialdemokratische Fraktion in der Nationalversammlung folgendes Telegramm: Im Namen der Menschheit bitten wir die sozialdemokratische Kammerfraktion, alle Kraft für die schnelle Aufzehrung der deutschen Kriegsgefangenen einzusetzen. Die Brüder erwünschen sich den Tod von Hunderttausenden ungünstlicher Menschen und Kinder, deren seelische Not bei der Kriegsgefangenschaft aus England und amerikanischer Hand ins Ungeheuer steigt, wenn die französische Regierung die in ihrer Gewalt befindlichen Gefangenen noch länger gefährdet.

Der verbreite Beamtenstab. Die Franzosen beschließen die Befreiung des neuen Beamtenstabes. Der deutschen Regierung ist ein Bruch der französischen Kontrollkette bei der deutschen Zivilverwaltung im Lager Bleiboden zur Kenntnis gekommen, bei dem der Befreiungspräsident in Bleiboden erlaubt wird, diese neue Befreiung der deutschen Beamten zu verhindern. Der Bruch erwischte sich den Tod von Hunderttausenden ungünstlicher Menschen und Kinder, deren seelische Not bei der Kriegsgefangenschaft aus England und amerikanischer Hand ins Ungeheuer steigt, wenn die französische Regierung die in ihrer Gewalt befindlichen Gefangenen noch länger gefährdet.

Der verbreite Beamtenstab. Die Franzosen beschließen die Befreiung des neuen Beamtenstabes. Der deutschen Regierung ist ein Bruch der französischen Kontrollkette bei der deutschen Zivilverwaltung im Lager Bleiboden zur Kenntnis gekommen, bei dem der Befreiungspräsident in Bleiboden erlaubt wird, diese neue Befreiung der deutschen Beamten zu verhindern. Der Bruch erwischte sich den Tod von Hunderttausenden ungünstlicher Menschen und Kinder, deren seelische Not bei der Kriegsgefangenschaft aus England und amerikanischer Hand ins Ungeheuer steigt, wenn die französische Regierung die in ihrer Gewalt befindlichen Gefangenen noch länger gefährdet.

Provinz Oberschlesien. Im Ausschluß der preußischen Landesversammlung für die oberösterreichische Frage und den Gefechtkampf ist die Erörterung der Selbständigkeit der Provinz wurde zunächst der vom Zentrum vorgelegte Gesetzentwurf über die Errichtung einer Provinz Oberschlesien in der von der Unterkommision vorbereiteten Fassung bei einer Stimmenthaltung der Unabhängigen angenommen. Nach dem Entwurf soll die Trennung der Provinz Schlesien in eine Provinz Ober- und Niederschlesien vom 1. April 1920 an in Kraft treten. Über die Vermögensauslandserlegung soll der Gesetz entscheiden, wenn die Vertreter der beiden Provinzen nicht einig werden. Ein Zentralantrag, der für Oberschlesien einen besonderen Vorbehalt für politische Zwecke schaffen sollte, wurde abgelehnt. Der Gesetzentwurf über die Errichtung der Selbständigkeit der Provinz Oberschlesien soll nach einer dritten Präsentation unterzogen werden.

Zur Frage des Weiberechts der Demokraten in die Reichsregierung erhält das Berliner Tageblatt den unterstreichter Seite: Die Anregung zu den Verhandlungen, die am Montag begonnen, gingen von der Regierung aus. Diese Verhandlungen, die zunächst einen durchaus vorstehenden Charakter tragen, werden seitens der Demokraten von dem ehemaligen Reichsfinanzminister Schäfer geführt.

Schuh dem deutschen Kunstbesitz!

Berlin, 23. September. Aus der Bildungsgalerie kommen zwei Gemälde gestohlen, die von Lucas Cranach auf Holz gemalt sind und Martin Luther und Philipp Melanchthon darstellen.

Der wertvollste Teil der alten Bilder der Oldenburger großherzoglichen Gemäldegalerie ist seit einiger Zeit nicht mehr in Oldenburg. Der Großherzog hat sie durch Vermittlung einiger Geschäftsfreunde über die Grenze nach Holland bringen lassen. Die Verhandlungen mit der Landesvertretung über die Übergabe der Bilder durch das Land wurden vom Großherzog fürgerhand abgebrochen. Die sehr bedeutungsvolle Sammlung von Italienern des 16. und Niederländern des 17. Jahrhunderts enthielt u. a. fünf Rembrandts. Der Verlust wäre dem deutschen Kunstschatz unerträglich.

Ausland

Die Vorwürfe der Südslawen

Genua, 25. September. Der Präsident der Demokratischen Partei in Genua, Gotthardi, und Sekretär Mattei in haben sich über Südslawen ins Ausland geflüchtet. Im Namen der Bürger von Genua haben sie nach dem einen Protest gegen den Abenteurer d'Annunzio gerichtet. In diesem Protest wird dem Kommandanten der Feuerwehrkameraden der Entente vorgeworfen, daß er, obwohl ihm die Vorbereitungen d'Annunzios bekannt waren, seine Maßnahmen zur Verhinderung dieses Unternehmens traf. Dem Kommandanten war ebenso die offene Spitzen des Generals Graziani zugunsten der Annunzio bekannt. Sämtliche anfeindeten Südslawen in Genua mussten sich nach Südslawen stellen; auch die Angehörigen anderer Nationen, unter anderem Deutsche und Ungarn, wurden von den Italienern ausgewiesen.

Belgien
Belgisch Denkschrift
Amsterdam, 24. September. Als König wird gemeldet, daß König Albert vor seiner Abreise nach den belgischen Staaten

das Dekret unterzeichnet hat, durch das die Räume aufgelöst werden. Das Dekret wirkt vor dem 16. Oktober nicht verbindlich. Die Demobilisierung der belgischen Armee wird demnächst beendet sein. Einige Streitkräfte werden als Reserveformationen belassen.

Amerika

Wilsons militärische Gegner

Genua, 25. September. Nach dem Echo de Paris soll General Pershing im Begriffe sein, sich gegen den Süderbund auszuspielen, was ihn in die Lage bringe, mit Frieden auf Größe als Präsident zu kandidieren. Unter den aus Frankreich zurückgekehrten Soldaten wird eine Sammlung von Unterstrichen gegen die Ratifikation des Friedensvertrags veranstaltet.

Der Kampf der Stahlarbeiter Amerikas

Nach einer Zusammenstellung, die der Sekretär des nationalen Komitees für Organisierung des Streiks der Eisen- und Stahlarbeiter am Dienstag herausgab, streiken 284000 Arbeiter, davon 80000 in Chicago und 80000 in Cleveland. Von englischen Bürgern zufolge erläuterte die Mutter der amerikanischen Streikorganisationen, daß der Aussicht der Stahlarbeiter der größte Erfolg wird, den Amerika je gegeben habe. Ein weiterer Zusammenschluß zwischen Polizei und Streikenden ereignete sich in Clairtonborough-Pittsburgh. Es wurde eine Anzahl von Verhaftungen vorgenommen. Streikende sind nicht einzutreten.

Die Streiklage an der Wasserfront

(Eigene Druckung)

Die aus Bremen gemeldet wird, kommt der Streik der Schiffsarbeiter und Hafenarbeiter weiter an. Die Arbeiten im Hafen werden von freiwilligen Hafenmännern in Schutz der Hafenwache aufrechterhalten. Die für gestern geplante Demonstration ist wegen Mangels an Schiffen ausgeschlagen.

In Hamburg steht mehr als die Hälfte aller Seefahrer. Gestern konnten zwei Schiffe, die für die Abholung eines Gefangenentransports bestimmt waren, wegen Mangels an Mannschaften nicht auslaufen. Der Seemannstreik in Stettin hat bei dem geringen Hafenverkehr, der eigentlichlich betrachtet, so gut wie gar keine Bedeutung. Störungen im Lösch- und Abladen der Schiffe sind bisher noch nicht vorgekommen. Es steht den Arbeitssuchigen, die noch in genügender Menge vorhanden sind, um das Lösch- und Abladen zu bewältigen, auch höchstlicher Schutz zur Verfügung. Der Anlauf zum Streik war offenbar, als in Bremen von Stettin einkommende Schiffe von den Bremer Seeleuten geholt und abgemustert. Eine Einigung mit den freien Arbeitern der Güterwerke konnte bisher nicht erreicht werden. Die Menge wird zur Fortsetzung des Streiks auf jeden Fall bestehen. Ein neuer Teil der zukünftigen Ereignisse ist für die Fortsetzung.

Sächsische Angelegenheiten

Früherer Zusammentritt der Volkskammer

Die sächsische Volkskammer wird möglicherweise in der nächsten Woche zusammengetreten, statt erst am 14. Oktober. Gestern haben in Dresden größtenteils der Regierung und den Fraktionsführern Verhandlungen stattgefunden über die Bevollmächtigung von Entschuldungszulagen an die sächsischen Beamten in der Höhe wie die den Reichsbeamten gewährt. Diese Zulagen erfordern eine Ausgabe von 110 bis 180 Millionen Mark. Die Regierung wünschte, daß die Fraktionsführer ihre Zustimmung hierfür geben und in den Fraktionen auf Bevollmächtigung der Mittel in der Volkskammer hinzuwirken möchten. Die Fraktionsführer erklärten aber, daß sie zwar von der Notwendigkeit der Bevollmächtigung von Entschuldungszulagen überzeugt seien, daß sie aber persönlich nicht die Verantwortung übernehmen könnten, zudem dadurch auch eine Beeinträchtigung des Budgetrechtes der Volkskammer erfolge. Man einigte sich dagegen, der Regierung anheim zu geben, angeknüpft an die Zustimmung hierfür. Das Gesamtministerium wird am morgigen Freitag darüber Beschuß fassen.

Aus aller Welt

Westen in Menschenform

Frankfurt a. M., 24. September. Wie ein Rechtsanwalt der Rechtsliga meldet, wurden mehrere Frauen auf dem Wege von Hömörlbach nach Rödelheim von drei Senegaleseern, die einer benachbarten Feldwache angehören, vergewaltigt. Ein Feldwebel hielt sie vergewaltigt, den Frauen Hilfe zu bringen. Der Vorfall trug sich in der neutralen Zone zu.

Wirkelsturm in Unteritalien

Das Reisebüro meldet aus Reggio in Calabrien vom 23. September, daß ein Wirkelsturm in dem Gebiete von Palmi längst Schaden angerichtet hat. Keine Personen wurden getötet und mehrere verwundet. Hilfe ist unterwegs.

Letzte lokale Nachrichten

Drei Unglücksfälle durch Gasvergiftung

Heute früh wurde in einem Hause der Hochstraße ein 24-jähriger Mann, scheinbar in einem Hause der Martin-Luther-Straße eine 66 Jahre alte Töchterin und in einem Hause der Oppellstraße ein 10-jähriges Mädchen mit Gas verdröhnt aufgefunden. Bei allen drei Fällen lag Unglücksfall vor. Es gelang, die Schwerverletzten wieder zum Bewußtsein zu bringen, worauf sie nach dem Krankenhaus gebracht wurden.

Saunerie. Im letzteren Zeit ist im Dresden meistens ein unbekannter Betrüger aufget

Flugplatz Dresden - Kaditz

Sonntag den 28. September 1919, nachmittags von 3 Uhr an

Passagierflüge, Kunstrüfe u. Fallschirmabsprung. Rundflüge über Dresden u. Elbtal, **75 M. pro Person.**

Voranmeldungen bei der Städtischen Luftreederei, Flugplatz Dresden, Tel. 15 629 oder der zuständigen Flugplatzverwaltung, Neues Rathaus Eintrittspreise: 5.40 M., 2.30 M. u. 1.20 M. Wurzelkarte 2.30 M. (einschließlich Abzug, Kinder ab 10 Jahre 1.10 M.)

Siehs. Luftreederei Dresden (früher Aero).

Sozial-D. Verein Dresden - Altstadt.

Freitag den 26. September, abends 7½ Uhr
im großen Saale des Volkshauses

Kreis-Mitglieder-Versammlung.

Zeigt-Eröffnung:

Bericht von der Landesversammlung.
Freie Aussprache.

Die Aufgaben des Heimatdienstes.

Referent: Genosse M. Schmittler.

Schriftliches und pünktliches Erleben erwartet

Mitgliedsbuch ist vorzulegen!

Der Vorstand.

[b410]

Deutscher Bauarbeiter-Verband

Bezirksverein Dresden.

Montag den 29. September, nachmittags 5½ Uhr

Große Bauarbeiter-Versammlung

im Saale des Kristallpalastes, Schöferstraße 46.

Zeigt-Eröffnung:

Die wirtschaftliche Lage Deutschlands.

Referent: Herr Staatsminister Schwarz.

[b442]

Collegem: Es ist Pflicht eines jeden Bauarbeiters, in dieser wichtigen Versammlung pünktlich anwesend zu sein.
Der Bezirksvereinsvorstand.
Mitgliedsbuch oder Arbeitslosenfestschrift ist am Saaleingang vorzuzeigen.

Bezirk Ottendorf-Weißdorf.

Samstagabend den 27. September, abends 8 Uhr [b412]

Sitzung des Aktionsschusses.

Die Delegierten müssen vollständig erscheinen. Der Berichtsteller.

Bezirk Radebeul u. Gruppe Oberlößnitz

Freitag den 26. September, abends 8 Uhr

Diskussions-Abend

in der Ratskellerhalle.

Ratskellerhalle Berlin vom Vorstand.

Die Ratskellerhalle freut sich 7½ Uhr an der Scharfe

Geld. Abendkasse 100 M. Uhr.

Schriftliches und schriftliches Erleben erwartet

Der Berichtsteller.

Bereinigte Freie Turnerföderation Dresden-II.

Samstagabend den 27. September in Braunes Rathaus in Döbelner

Tanz-Abend

verbunden mit kleinen Überraschungen.

Beginn 7 Uhr. Eintritt 6 Uhr. Zu zahlreichem Preis wird jederzeit ein

Der Turnrat.

[b498]

Dresdner Männer-Gesangverein, e. V.

Freitag, 26. September, 7½ Uhr, Vereinshaus, Eindendorfstr.

KONZERT

Leitung: Prof. Paul Büttner. — Mitwirkende: Kammer-sängerin Maria Fiedler-Rantzenberg (Sopran), Joe. Wagner (Orgel), Dr. Arthur Chitz (Klavier).
Karten: Abendkasse.

[b262]

Königshof-Theater

Täglich 7½ Uhr. — Fernsprecher 13415.

Die Lieder des Musikanten.

Volkstheater mit Gesang in 5 Akten u. 2 Verwandlungen von Rud. Kneisel. Musik von Rich. Thiele. [b269]

Weißer Adler, Rauhaus Ludwig

■ Weißer Adler. — 1000

Groschenbillets 10.

Heute Donnerstag:

Der vornehme. [b355]

Gesellschafts-Abend.

Gitarrenkonzert. Eintritt 5 Uhr.

Glockenspielen eröffn. Am 1. Oktober 12 Uhr.

Rud. Schick Konzertwagen und Muiseverleih.

[b269]

Rittersaal Rosenthal

Morgen Freitag die große

Reunion

Griffelsgige 20 Uhr.

Kino 7. Telefon 16959.

[b269]

Sonntag den 28. September 1919, nachmittags von 3 Uhr an

Passagierflüge, Kunstrüfe u. Fallschirmabsprung. Rundflüge über Dresden u. Elbtal, **75 M. pro Person.**

Voranmeldungen bei der Städtischen Luftreederei, Flugplatz Dresden, Tel. 15 629 oder der zuständigen Flugplatzverwaltung, Neues Rathaus Eintrittspreise: 5.40 M., 2.30 M. u. 1.20 M. Wurzelkarte 2.30 M. (einschließlich Abzug, Kinder ab 10 Jahre 1.10 M.)

Siehs. Luftreederei Dresden (früher Aero).

[b269]

Sächsische Angelegenheiten

die Abwanderung der Bergarbeiter von Sachsen nach Westhalen

Ein Bergarbeiter lebte vor einigen Tagen in der Chemnitzer Zeitung, Nr. 215, unter dem Titel und ihrer Ursachen, die diesem sehr interessanten Artikel wurde unter anderem auch berichtet, daß die Abwanderung der Bergarbeiter von Sachsen nach Westhalen immer mehr zunehmend. Die Zahl geht schon in die andere und die sich um praktische Bergarbeiter handelt, "gingen sie dem sächsischen Bergbau verloren". Das ist auch ein Grund, daß die Kohlenförderung mehr und mehr zurückgeht. Wir haben es an ausführlicher Stelle über dieses Argument erläutert und folgendes dabei erfahren:

Es ist der richtig, daß sich sächsische Bergarbeiter, wie das auch schon im Frieden der Hall war, in großer Zahl vertrieben haben, ihrer sächsischen Heimat den Rücken zu drehen und nach Westhalen auszuwandern. Geschehen wird dieser Wandel durch jener, die von den westfälischen Gruben in großer Zahl nach Süden kommen und dort mit ungeheuerlichen Mitteln eine unheimliche finanzielle Agitation für die Abwanderung treiben. Da diese Leute meist Grubenbeamte und kleine gewerkschaftlichen Vermittler sind, ist ihnen mit einem Verbot ihrer unsre Volkswirtschaft schädigenden Tätsigkeit leider nicht zu kommen. Inzwischen in diesen ja zahlreichen Stellen dieser Art Werbaktivität ihre größte Aufmerksamkeit. Die Werber arbeiten mit riesigen Plakaten, verteilten Tausende von Flugblättern und Handzetteln und versprechen den Arbeitern es Blaue vom Himmel. Sie versprechen Ihnen unglaubliche Höhe, sie versprechen Ihnen eine glänzende Ernährung und sie versprechen Ihnen bessere, schötere Wohnungen und was vergleichbar ohne Dinge mehr sind.

Um nun einmal festzustellen, wie weit diese Abwanderung noch gediehen ist und insbesondere wo auf die Kohlenförderung ungestört eingewirkt hat, hat das Wirtschaftsministerium Anfang September nach Attau eine Konferenz der Beteiligten eingerufen, nämlich aus den Kreishauptmannschaften, Amtshauptmannschaften, aus den Kommunalverbänden usw. Auch die Arbeitsmarktkommissionen teilten, ebenso der Bergbaulehrverein und die Organisationen der Bergarbeiter. Über diese Konferenz ist ein ausführliches Protokoll erschienen, über das wie vielleicht in einigen Tagen nähere Mitteilungen machen können. Für heute sei schon bemerkt, daß dort festgestellt wurde, daß die Abwanderung nur im Steinkohlengebiet zu verzeichnen ist, nicht aber im Braunkohlengebiet.

Die Regierung hat seiner sofort durch das Landesleben eine Kommission von drei Mann (darunter Arbeitgeber und Arbeitnehmer) nach Westhalen entsandt, um dort festzustellen, was an den Besprechungen der Werber Wahrheit ist und was nur Bluff steht.

Die Regierung hat es damit aber nicht bewenden lassen. Da an der Abwanderung zu einem großen Teil die Sünden der Grubenherren die Schuld tragen, indem sie der Wohnungssuchenden nicht genügend Aufmerksamkeit schenken, hat die sächsische Regierung, die bereits 33 Millionen Mark Zusatz für Wohnungsbauten in den Bergarbeitergebieten geleistet hatte, aus neuer Weise einen fernerem Zuschuß gefordert. Wie wir hören, hat sich das Reich in Anbetracht der großen Wohnungsknot in den Bergarbeitergebieten endlich erfüllt, die Wohlverfügung durch einen weiteren Zuschuß von 84 Millionen Mark wiederum zu föhren, der in diesen Tagen eintreffen wird. Es werden zweifellos noch viel mehr Wohnungen gebaut werden, aber die Grubenherren stellen hierbei an die Behörden und an die Arbeiter Rummungen, die unerträglich sind. So fordern sie u. a., daß mit dem Ausgeben des Arbeitsvertrages auch der Mietvertrag für den betreffenden Arbeiter erledigt sei, das siehe also, daß der auf eigenem Grunde aus eigenem Anlaß entstehen oder gar gemahngestellte Bergarbeiter knall und voll aus seiner Wohnung auf die Straße geschafft werden kann. Gegenüber hat natürlich die Regierung sich auf Wehr gesetzt.

Bon zehn bis zwanzig

Roman von Karl A. Meyer

Und Josua Pestel las:

Eine Sommernachtstragödie

Auf der alten Heidenwiese steht die Urgrubwaterlinde. Schön seit Urgrubwaterzeiten. Manch ein jährlich Liebespaar hand die Linde wohl am Platz. Denn gut viele Liebespaare tankten hier die Liebeschwüre; Und die sangesfröhnen Bögel Pflegten droben ihre Jungen; Auch wohl lauwund Käferkäfer tummeln ihre Frühlingstricke. Wenn im Veng die Linde blüht (Werden aber meist getroffen). Was die Linde hier erfährt, liegt' in ihrem alten Herzen Wunderbare Mutterliebe. Ich sie hätte schon so lange gern ein Lindenkind gehabt. Über das Glück blieb immer zurück. Hat es mal einen Ton gesungen, ist es gleich wieder davongesprungen. Da, noch einem heißen Tage, Sing und Sang und Liedeschwirren, Nahen lachend Sommerabend, Sommernacht und Sommerregen. Und wo gestern noch die Grille und die goldenen Sommernächtchen ihren Morgenlant geläufigen, Burzelt mit verträumtem Kopfe. Gestern ein Lindenbaum. O, so stolz war seine Mutter wie die Urgrubwaterlinde! Niemals tönten süß're Lieber als des Paumes Wiesengräder; Und nie hört' man denn te Lechten, als der Wind sie dort gegeben. Wist du Kling, so hätte doch — Sprach er zu dem Baum im Große — Wohl vor Gogelchauerweitern! Und des Bräutigams Swedenstiefeln! Langsam kam der erste Abend, so ein lieber, kinder Abend — Und als noch das Bäumlein, leise hin und her sich wiegend, weite Windes Lehren überdachte,

und weitete seine Arme der Arbeiterschaft und des Volkes werden ihr bald nur Dank wissen. Es ist sehr bezeichnend, daß gewisse Grubenherren — es gibt glücklicherweise auch rücksichtige Ausnahmen — immer noch nicht umgelenkt haben, sondern sich noch einzählen, mit dem alten Herren im Grasstandpunkt weiter zuhalten zu können. Auch andre Sünden aus alter Zeit räumen sich hier noch, so daß an dieser bedauerlichen Abwanderung in der Hauptstadt die sächsischen Grubenherren die Schuld tragen.

Wir halten es für unsere Pflicht, auch von dieser bisher wenig erörterten Seite der Frage der Kohlenförderung und ihren Ursachen der Öffentlichkeit Kenntnis zu geben. Gerade wenn man die Streiks der Kohlenarbeiter in unserer jetzigen Zeit als irrsinnig und vollverschwendend bezeichnet, muß man auch auf der anderen Seite den Bergarbeitern Gerechtigkeit widerfahren lassen.

Ost Sachsen Kohlenversorgung

Kürzlich ging eine Nachricht aus Dauen über die staatlichen Kohlenfelder bei Bischofsgrün durch die Presse, die, wie jetzt durch Wollitz sächsischen Landesdirektion mitgeteilt wird, den offiziellen Erholungsstätten nicht entsprach und geeignet war, die unberechtigte Droschne zu erwarten, doch durch die Ausweitung der Kohlenfelder ganz Ost Sachsen mit Kraftstoffen versorgt werden könnte.

Das Bischofsgrüner Kohlenwerk liegt abseits jeder Bahnanbindung, etwa 7 Kilometer von Rennweg entfernt. Beschäftigte Bingen Kohlen könnten erst nach langen Vorbereitungen und nach Aufwendung erheblicher Geldmittel gewonnen werden. Die Ausnahme von wenigen, engbegrenzten Stellen liegt das Kohlenfeld unter einer Überdecke von 10 und 30 Meter Mächtigkeit. Zur Bekämpfung dieser Überdecke müßten mehrere große Bagger und zur Betriebsaufnahme zahlreiche Betriebsgeräte wie Förderwagen, Lokomotiven, Wasserhebevorrichtungen usw. angekauft werden. Bis Kohlen gewonnen werden könnten, würden ein bis zwei Jahre, vielleicht noch mehr Zeit vergehen. Eine Förderung der jetzt in Dresden herrschenden Kohlennot ist daher durch die Bischofsgrüner Kohle nicht zu erwarten.

Für die Versorgung Ost Sachsen mit Kohle kommt nach wie vor in erster Linie das staatliche Kohlenwerk in Hirschfelde bei Rottau in Betracht. Dieser Ort, das jetzt sogar bis nach Dresden Kohlen heranlieft, ist Ende 1918 vom Staate erworben und seitdem unter Aufwendung erheblicher Mittel weiter ausgebaut worden. Seine Förderung betrug im Jahre 1918 425 000 Tonnen, im Jahre 1919 476 000 Tonnen und im Jahre 1919 500 000 Tonnen. Im Jahre 1919 wird die Förderung noch größer werden. Da auf dem Hirschfelde Braunkohlenwerk demnächst auch die Urfestigkeit erweitert werden wird, so erlangt dieses Kohlenwerk für Ost Sachsen immer größere Bedeutung.

Schulgebet und Geschichtsunterricht in Sachsen

Zu den Fragen des Schulgebetes, des Geschichtsunterrichts und der Schulzimmersaustattung hat das sächsische Kultusministerium in einer Verordnung nochmals Stellung genommen. Danach besteht ein Aufruf, den Unterricht mit Gebet und mit dem Gelang religiöser Lieder zu beginnen und zu beschließen, für die Lehrer nicht mehr. Bei der Auswöhl und Bevollmächtigung unterständiger Bildungsstoffes, bei der Erweiterung der Volks- und Schülerbüchereien und bei der Ausstattung der Schulräume ist den Verhältnissen, die durch die Umwidmung im Staats- und Volksspiel geschaffen worden sind, Rechnung zu tragen. Den Bezirksschulräten bleibt überlassen, nach plötzlichem Ermessen in geeigneter Weise dafür zu sorgen, daß die Unterrichtsteilung, die Handhabung der Schuleinrichtungen und überhaupt das gesamte Schulleben mit den Grundzügen der Reichs- und Landesverfassung in Einklang stehen. Genauere Bestimmungen über den Geschichtsunterricht sollen im Zusammenhang mit der Neubearbeitung des Lehrplanes getroffen werden. Die Umarbeitung der Volksschulbibliothek ist notwendig, muß aber hinausgeschoben werden, bis feststellt, wie sich die Schulverhältnisse des Landes nach Erlaß des Reichschulgesetzes gestalten. Daß die Schüler nicht mehr zur Teilnahme am Schulgebet genötigt werden können, ergibt sich schon aus Artikel 136 Absatz 4 der Reichsverfassung.

Grob ein grüner, giftiger Wurm
Ihm die Wurzel ab und lächle.

Bestel hatte gut vorgelesen. Hildegunde nahm ihm das Blatt aus der Hand und sagte: „Das ist ja verrückt und so weiblich — gib her!“ Heute früh hatte ich Freude daran.“ War es ihr ernst mit diesen Worten, oder wollte sie nur verhindern, daß ein anderer ein Urteil aussprach? Man wurde nicht klug aus ihr. Und sie lachte schnell: „Ran wollen wir aber gehen! Deinen Arm, Geliebter.“

In fünf Minuten war die Kammer von Menschen leer. Einet kam wieder zurück, öffnete das kleine Fenster und wettezte die Tür auf, um frische Luft durchziehen zu lassen. Bierzahn Luge Leben rechnete er Hildegunde noch zu.

Bald lag er im Bett und schlief. Seine Beine hingen zum Bett heraus, denn er badete seine Füße gern in Lust.

XVI.

Gelbe und rote Blätter warf der Herbst ins Land und Früchte gab er in Fülle. Kraftvoll hatten Frühling und Sommer geschafft; jetzt wollte sich die Natur zur Ruhe legen.

Närrisch jagten Stürme durch Tag und Nacht, brachten und rissen nieder, was morsch und brüchig war. Breitbeinig, fest stand das Leben und jaulte im Herbstwind. Es war die Zeit der Sichtung und Auslese.

In einem parkähnlichen Garten lag das Krankenhaus.

Auf Böden, zwischen Strauch und Baum, lachten Georinnen. Der Wein am Haufe trug gute Früchte. Das Spalierobst hing schwer an seinen Stüben. Drei schwere Birnen pochten, wenn der Wind ging, an das Fenster, hinter dem Hildegunde, die Dichterin, schwungslustig ihrem Ende entgegenhockte.

Ein Sonnenstrahl wärmt ihre Hände.

Sie hält die Wärterin, weil sie den Kindern drüben überm Raum das Singen nicht verbietet. Sie wollte Ruhe haben und das ewige Einerlei des Kindersangs mache sie frisch, verzückte sie.

Heute fühlt sie sich sehr frisch und elend und sie hat, ihr nicht zu gänzen, wenn sie unwillig und gräßig sei. Dann erzählte sie, mit großer Anstrengung zuwenden und von Husten unterbrochen, wie sehr sie der leute Besuch des Herrn Hardt erfreut habe, der wie immer mit seiner Brant gekommen war.

„Es ist wohl sehr dummkopf von mir, noch Hoffnung ins Leben zu pflanzen,“ sagte sie und lächelte müde.

Drei Jahre, glaubt ich, länger nicht, würde ich mit ihm das Leben noch aufnehmen können. Wie mich seine kraftvolle Nähe erfreut, Schwester! Sie können es nicht wissen. Wenn ich nicht fürchten möchte, ihm zu missfallen, würde ich es wagen, zur Besuchszeit außerhalb des Bettes zu sein. Ach — aber es ist so häßlich, Margaret —“

Sie schob die Bettdecke auf die Seite. „Aber ich könnte meine Kleider nicht binden und könnte wohl nicht einen Schritt mit ihm gehen. Und kann ich sagen, Margaret? — Er würde erschrecken und zu der andern sagen, daß ich kränker sei, als ich eingestehen wollte.“

Sie legte sich auf die andre Seite.

Es muß aber den Erziehungsberechtigten überlassen werden, dem Lehrer Mitteilung zu machen, wenn sie die Teilnahme nicht wünschen. Die Aufstellung einer Normalschulordnung für ganz Sachsen ist seitens des sächsischen Kultusministeriums nicht in Aussicht genommen.

Unsere Nährmittelversorgung

(W. M.) Die allgemeine Kohlennot wirkt auch ihre Schatten auf unsre Nährmittelversorgung. Die Gruppen- und Bruchmühlen, Teigwaren-, Hafernährmittelabreihen usw. vertilgen nicht über die genügenden Mengen Kohlen, um die Rohstoffe vorzubereiten zu können. Natürlich hatte auch die in diesem Jahre außergewöhnlich späte Ernte zur Folge, daß die Auslieferung von Holzwaren an die Fabriken noch nicht im wünschenswerten Maße erfolgen konnte. Auf diese Umstände ist es zurückzuführen, daß von der Reichsstelle die für Sachsen vom 15. September bis 15. Oktober benötigten Nährmittelmengen vorerst noch nicht zugewiesen sind. Die Landesstelle ist bei der Reichsstelle für befürchtigte Lieferung vorstellig geworden.

Keine Nachrichten aus dem Lande. Das preußische Kultusministerium hat bekanntlich dieser Tage die Genehmigung der Volksschule zum Hochschulstudium ausgesprochen. In Sachsen sind, wie unter Dresden Wissenschaftler hierzu erfuhr, die Volksschule, die ihr Studium mit „frei“ beenden haben, bereits seit vielen Jahren zum Studium der Pädagogik wu. an der Leipziger Universität zugelassen. Hierin ist, wie wir hören, auch keine Aenderung ein. — Der russische Kriegsgefangene, der im Juli d. J. nach Sachsenburg einen Kameraden ermordete und bestohlene, wurde jetzt vom Gericht des Chemnitzer Strafgefangenenlagers wegen Totschlag zu 15 Jahren Buchthalen verurteilt. — Der sächsische Hauptmissionsbetrieb beging dieser Tage sein hundertjähriges Bestehen.

Stadt-Chronik

Wöchnerinnenfürsorge

pr Das von der Nationalversammlung beschlossene neue Gesetz über die Wochenhilfe und Wochentfürsorge tritt am 1. Oktober 1919 in Kraft. Nach diesem Gesetz ist die Fürsorge für Wöchnerinnen erheblich erweitert und auch auf nichtversicherungspflichtige Personen ausgedehnt worden. Es erhalten nunmehr Wöchnerinnen, die im letzten Jahr an der Entbindung mindestens 6 Monate bei einer Krankenfasse gegen Krankheit versichert gewesen sind, als Wochenhilfe

1. einen einmaligen Beitrag zu den Entbindungsosten in Höhe von 50 M.;
2. ein Wochengeld in Höhe des Krankengeldes, jedoch mindestens täglich 1,50 M., einschließlich der Sonn- und Feiertage, für 10 Wochen. 8 Wochen davon müssen in die Zeit nach der Entbindung fallen;
3. für Gebammendienste und ärztliche Behandlung eine Beihilfe bis zu 25 M.;
4. ein Stillgeld in Höhe des halben Krankengeldes, jedoch mindestens 75 Pf. täglich, einschließlich der Sonn- und Feiertage, auf die Dauer von 12 Wochen.

Die Satzung der Krankenfasse kann das Wochengeld bis auf 18 Wochen und das Stillgeld bis auf 26 Wochen erweitern. Versicherungsfreie Ehefrauen, Töchter, Söhne und Pflegekinder der Versicherten, die mit diesen in häuslicher Gemeinschaft leben, erhalten gleichfalls die Wochenfürsorge nach denselben Sätzen.

Die Wochenfürsorge wird für nicht versicherungspflichtige Personen ebenfalls gewährt, und zwar durch die allgemeine Ortskranenkasse, in deren Bezirk der gewöhnliche Aufenthalt der Wöchnerinnen liegt, oder, wo eine solche nicht

Ach, Sterben ist nicht schön. So langsam immer tiefer hinzuhageln, indes die andern im lustigen Leben sieben. Immer weiter zurückbleiben und abwärts fahren. Winken, ein wenig weinen, dann lächeln. Sie reichen sich die Hände, um mit frohen Schritten an Blumenbeeten vorbeizutun, die rechts und links von ihren Wagen ausgebreitet liegen. — Nein, sterben ist nicht schön, sterben ist hilflos und macht, sterben ist häßlich und ekelhaft.“

Sie stierte eine Weile vor sich hin. „Wenn ich nicht sterben möchte ...“

„Und ich will nicht sterben!“ rief sie zornig hervor, da die Wärterin erschien.

„Was sind das für Gedanken!“ schalt die Schwester und legte das Messer weg, womit sie von dem zimmernden Kreuzifix, das zur Erbauung der Kranken im Zimmer war, einen schwarzen Fleck abzuschaben wollte.

„Wehrheit ist sie!“ unterbrach sie die Kranken, „das Sterben ist eine sehr blamable Sache. Aber ich bin müde, und es wird Zeit, zu schweigen. Unser Gespräch ist wenig erbaulich. Sie haben recht.“

Die Schwester reichte der Kranken ihr Gebetbuch, aber sie winkte abwehrend mit der Hand.

In der Nacht, die dem Tage folgte, lag das Mädchen, ohne Schlämmer zu finden, mit brennenden Augen auf ihrem Lager. Sie mußte an laufende Dinge denken und konnte die alten Gedanken nicht verschließen, so sehr sie sich auch Mühe gab. Schwarze Bilder zogen grauenvoll mit greifbarer Deutlichkeit an ihrem Auge vorüber, ohne Pause.

Auf Lichtarmstrophen Säbelbeine, dünn wie Bohnenstangen, mit Wurzeln an den Füßen, die aus der Erde heraußgerissen waren, schritt durch ein furchtbare Gewitter Herr Schaboth, ohne des Willens Sperrling vom Dach fällt, und zeichnete mit einem goldenen Finger die dem Tod Geweihten. Sein Haar tauchte in die Wolken, sein Antlitz strahlte in Milde und war glänzend und bartlos wie der Mond. Jedem der Andernwähler schrieb er ein Malzeichen auf die Winkelstellen des Haupthauses. Er blickte lächelte und glitt lautlos zu einem andern. Zuweilen unterbrach grimmiges Donnern das Schweigen und Blitze rissen die Nacht in Stürze. Einmal zerrann der Herr wie ein Sonnenstrahl und wie die Schwindflucht kam er wieder —

„Da gelte ein lauter Schrei durch die Nachstille des Krankenhauses, daß die Wärterin erschreckt herbeieilt.

Halt und nach hatte sich etwas in das Haupthaar des Kranken gewischt, wie eine Krone fast und nah, und hatte sich an der Winkelstelle festgezogen. Und dann war ihr das lichte Antlitz des Himmelsherrn erschienen.

In Schreck gebadet und an allen Gliedern zitternd, starrte sie der herantretenden Wärterin in das Gesicht. Da erwachte sie und ihre Gedanken flackten sich.

„Margaret, ich bin zu Tode erschreckt, ich bin ein törichtes Mädchen. Bleiben Sie bei mir!“ Sie blickte nach den Händen der Krankenwärterin und hielt sie fest. „Lassen Sie mich nicht wieder allein!“

(Schluß folgt.)

Gewerkschaftsbewegung

Verbandstag der Sattler und Portefeuillisten

Märzberg, 19. September.

Am der Freitagsitzung wurde die Statutenberatung zum Abschluß gebracht. Die Stellv. Vorsitzende erläuterte, daß die Mitgliedschaft auf 2.10 bis 4.25 M. die Webschlösser unterdrückt auf 1.25 bis 2.25 M. erhöht wird.

An einer längeren Debatte führte ein Berliner Antrag, der Mitgliedern, die wegen ihrer politischen Gesinnung in Haft genommen werden, die Abzugserlaubnisverlängerung zu gewähren. Von Blum, Schulze und anderen wurde bestimmt, daß die Unterstützung der Opfer einer politischen Gefinnung Sache der politischen Organisationen bleibt. Der Antrag wurde schließlich abgelehnt. — Die erhöhte Beiträge und die erhöhte Stellv. Vorsitzende verlangten sollen am 1. Januar 1920 in Kraft treten.

Es berichtete über die finanziellen Verhandlungen, die zum Abschluß des Reichstags für die Portefeuille- und Webschlösserbranche geführt haben. Der Tarif wurde zwar nicht als günstig, habe aber endlich einen Ausgleich für die bisher ungünstigsten Gebiete geschaffen und z. B. in Sachsen eine Lohnsteigerung um 100 Prozent herbeigeführt. Dem Tarif wurde zugestimmt.

Rüdersberg, 20. September.
Am letzten Verhandlungstage wurde zunächst das Schlusswort von H. Höf über die Reichstagsfrage entgegengenommen. Der Verbandstag beschloß dann, daß Sachsen aus einem Vertreter von Osnabrück, Berlin und Dresden zu bilden. Erstauflage zum Tarifamt stellen die Städte Stuttgart, Leipzig und Osnabrück. In Osnabrück wird eine Auskunftsstelle eingerichtet, dasselbe ist auch der Sitz des Tarifamts.

Um den Ort des Ausschusses entspann sich eine lebhafte Diskussion. Schließlich wurde mit 23 gegen 22 Stimmen beschlossen, den Sitz des Ausschusses nach Osnabrück zu verlegen. Aufschlußliegender wurde Jungs, Osnabrück a. M. Die Abstimmung des Ausschusses hatte folgendes Ergebnis: Blum, Berlin, Vorsitzender; Riedel, Berlin, Ressorter; 2. Vorsitzender (unbefolgt) Schulz, Berlin. Die Abstimmung wurde mit Stimmabstimmung auf die vorstehende Verteilung mit den Zusätzlichen abgestimmt, da der Riedel Tarif eine Abstimmung ablehnte und sich wieder als Vorsitzender zur Wahl stellte. Die bisherigen Sitzstellen wurden einstimmig wieder gewählt. — Der Sitz des Verbandes bleibt Berlin.

Der nächste Verbandstag findet in Leipzig statt.

Verbandstag der Handangestellten

Berlin, 21. September.

Am Sonntag vormittag trat der zweite Verbandstag des Gewerbeverbands der Handangestellten Deutschlands zusammen.

Die Centralvorsitzende hob in ihrer Eröffnungsansprache die heutige freie politische und rechtliche Stellung der Frauen hervor, im Gegensatz zu der schimpflichen Stellung der Handangestellten, in der sie bis November 1918 lebten. Auch in ihrem Geschäftsbericht schilderte die Rednerin die vollständige Löschung

der gesetzlichen enteigneten Fabriken. Sie erläuterte, daß es sich um eine soziale, die Rechte der Arbeitnehmer wahren kann man sich oft nicht erklären. Sie kommen wie wir selbst nicht dazu. Gleichzeitig verschwinden sie, wie gesprochen. Aber andere Erfahrungen machen sich dafür bezeugbar. Ein Leben ist das andere, so doch jünger qualifizierter Mensch in einem Jahr 365 verschiedene Krankheiten haben kann.

Doch sind diese Beschwerden durchaus nicht eingebildet, sondern sie bestehen wirklich und liegen auch in engem Zusammenhang untereinander. Das Verdienst ist erstaunlich. Offensichtlich diese Ekel und Erfahrungen mit den Herren gar nichts zu tun zu haben, aber wenn man sich genauer beobachtet, so wird man das eine oder das andere der folgenden Angaben von Verbotstätern sehr feststellen können, und manchmal auch mehrere davon: Bitterer der Griebe, besonders bei Händen, Mehl und Zügen in den Kästchen, Gefühllosigkeit eingelassene Hautstellen, Rinden der Augen oder der Ober-, feuchte Verstärkung, Angstzustände, Unruhe ohne Ursache, Verzweigungsbeschwerden nach Anstrengungen, Krüppeln der Haut, unruhige Träume, Alpträume, Müdigkeit, besonders am Morgen, usw.

Die ernstesten Reichen schweren Nervenschwäche sind die oft widerkehrenden Kopfschmerzen, die Schlafrigkeit, die Müdigkeit, die schnelle gräßige Er müdung, die Gedankenlosigkeit, die leichte Erregbarkeit und schlechte Laune.

Nehmen Sie diese kleinen Warnungssymptome der Natur nicht leicht, denn Nervenleiden höhlen das Mark des Lebens aus!

Fücht. Schleifer u. Kermacher

Wir Stellmacherin stellen ein
L. Georg Bierling & Co., Aktiengesellschaft
Mügeln, Bezirk Dresden.

Jüngerer, tüchtiger Hutmacher

In Herren- u. Damenputz-Materialien bewundern. Für häusliche Zwecke jederlei Stoffe fertigt. Offeren unter J. F. 527 an die Kunden dieses Blattes erbeten.

20 bis 25 Tischler

für dauernde Beschäftigung gesucht.

Sockwerk Sporitz b. Mügeln.

Einige durchaus perfekte

Korsett-Näherinnen

neben hohem Gehalt für kleinere Korsettfabrik und Pelzproduktion. Abnahme kann einzeln erfolgen. Preis: über 1000 Goldmark. Anfrage unter L. G. 13354 an die Erzählerin dieses Blattes erbeten.

Eine erste Phantasiehut-Arbeiterin

welche selbständige Mutter arbeiten kann, sucht für sofort.

F. Emil Börner, Eichendorffstr. 13, Lichterfelde, 4.

Schuhmacher

Wenden, gebaut für Werkstatt
oder im Hause. M. Röder,
Eichendorffstr. 13, Lichterfelde, 4.

HEIZER

sofort geliefert.

Hochstrahl-Werkzeuge H.-G.
Seldmann, Seldmannstr. 10.

Dreher für

Freihandbäsen.

Sammeleidende Dreher in gut
qualifizierter Konstruktion.

Preise siehe oben.

Antonius, Gouda.

Die Verordnung des Finanzministeriums vom 21. 8. 1919 über Stückpreise für Birnen — Nr. 190 der Sachsenischen Staatszeitung vom 21. 8. 1919 — wird aufgeheben.

Zur in der Reformierung des Wirtschaftsmittelstandes vom 10. 7. 1919 — Nr. 140 der Sachsenischen Staatszeitung vom 17. 7. 1919 — über Weinmärkte und die Versetzung von Käpfel, Pausen und Weinvermehrungen unter 1 sechzehn Gräzegewerbe Normalpacht-Preise von 40 Pf. für Tafelapfel, 20 Pf. für Tafelbirne, 20 Pf. für Weißbirne, 15 Pf. für Weinbergsbirne und 15 Pf. für Weinbergs-Chardonnay bleiben für die Preisbildung auch weiterhin maßgebend.

Dresden, am 22. September 1919. 2394 V.G. 1

1479 Wirtschaftsministerium, Landeshauptmannschaft.

Boltszählung.

Nach der Bekanntmachung des Finanzministeriums vom 10. Juli 1919 gilt im Freistaat Sachsen am 8. Oktober 1919 eine außerordentliche Boltszählung.

Die Sachsenbücher und die Auslandsmittelständen sind darüber hinaus bis zum 15. Oktober durch namentliche Einschätzung auszuführen. Nur Vermögen und Einkommnung der Personen sollen die Haushalte berücksichtigt werden.

Die Gemeindebehörden haben die Auslandsmittelstände, die Häufelchen genannt und zweckmäßig wie der Gemeindebehörde der Amtshauptmannschaft

bis spätestens zum 17. Oktober

zu überprüfen und Auskunftsanforderung §§ 6 und 7.

Der der Wirtschaftsmittelstand der Erhebungen ist, weil sie den Maßnahmen des Reichswirtschaftsministeriums zur Unterlage dienen soll, das größte Gewind zu leisten. Die verantwortlichen Stellen reden deshalb von einer willigen und verständnisvollen Mithilfe aller Einwohner.

Diese Pragmatik haben die Gemeindebehörden nach Erfahrung umgedeutet und lebensfrisch.

Vor dem 17. Oktober

der Amtshauptmannschaft einzuwenden.

Dresden-Alstadt, am 21. September 1919.

Die Amtshauptmannschaft Dresden-Alstadt.

Nachtrag

zur Bekanntmachung des Amtshauptmannschaft Dresden-Alstadt vom 29. September 1919. 1619 Milchhöchstpreise betr.

Die Gemeinden über 10000 Einwohner und deren Vororte darf der Erzeuger beim Verkauf von Vollmilch und Butter oder Buttermischung ab Zahl den marktgewöhnlichen Ladenpreis, vermindert um 4 %. Und in Gemeinden über 10000 Einwohner und ihren Vororten um 5 % in Ladenpreis fordern.

Das ist ihnen vermöge des Amtshauptmannschafts über Milchhöchstpreise vom 4. September 1919.

Dresden-Alstadt, am 24. September 1919.

Die Amtshauptmannschaft.

Höchstpreise für Quark und Quartfüll.

Die Bildung der Vollmilchpreise macht einen Erdbezug nach der Größe der Stadt und Nähe zu Industrie. Es wird deshalb für das Gebiet der Amtshauptmannschaft Dresden-Alstadt mit Wirkung vom 15. September 1919 ein folgendes angeordnet:

1. Quarkhöchstpreise.

a) Der Betreiber im Bezirk erzeugt Quark.

1. Der Verkaufspreis für das Pfund Quarkmisch mit höchstens 25 Prozent Butterweizl beträgt:

1. Für Kleinhändler ihres Sammelstellen über Aufkäufer 1.— 2.— 2. Für die gewerblichen Wollfertiger 1.07 2.— 3. Für Kleinhandelsbetriebe 1.— 2.—

b) Betreiber Quark, der aus einem Nebenbetrieb gefiebert ist:

1. Die Besitzverteilungssiede erhält von der von ihr bewohnten Sammelstelle 1.47 2.—

2. Der Kleinhandelspreis beträgt 1.70 2.—

c) In diesen Preisen ist ein Abzug von 7 % auf das Pfund für die Mitglieder des Kommunalverbands integriert, der auf Grund Monatlicher Überprüfung im Jahre 1919 auf der Beurteilung der Amtshauptmannschaft aufzuhören.

2. Kleinhandelspreise.

Gemeinden, in denen Quark von vertriebenen Preisen profitiert wird, haben einen Zuschlagspreis zu zahlen und diesen zu kontrollieren und Kontrollierstellen vorzutreiben.

III. Nährechthöchstpreise.

a) Der Herstellungspreis für das Pfund Quarkmisch mit höchstens 25 Prozent Butterweizl beträgt:

1. Für Aufkäufer ihres Sammelstellen über Aufkäufer 1.— 2.— 2. Für die gewerblichen Wollfertiger 1.07 2.—

3. Für Kleinhandelsbetriebe 1.— 2.—

b) Betreiber Quark, der aus einem Nebenbetrieb gefiebert ist:

1. Der Verkaufspreis für das Pfund Quarkmisch mit höchstens 25 Prozent Butterweizl beträgt:

1. Bei Verkauf durch den Hersteller 2.00 2.—

2. Bei Verkauf durch den Kleinhandler an den Verbraucher 2.00 2.—

3. Insgesamt höchstens 2.00 2.—

Zusammenstellungen aus dieser Bekanntmachung werden mit Gefangen bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10000 RR. aber mit einer dieser Strafen geahndet.

Dresden-Alstadt, am 24. September.

Die Amtshauptmannschaft.

Stoffversorgung im Bezirk der Amtshauptmannschaft Dresden-Reutstadt einschl. d. Stadt Radeberg.

Für die Woche vom 22. bis 28. September 1919 erhalten auf die Reichsbahnlinie Reise

Verdienste über 6 Jahre auf die Reichsbahnlinien 1—10

170 Gramm Butterkäse oder Butter.

Verdienste bis zu 6 Jahren auf die Reichsbahnlinien 1—5

80 Gramm Butterkäse oder Butter.

Ein Anbruch auf Herstellung einer bestimmten Sorte besteht nicht, Gründen auf Abholung sind auszuordnen.

Der Preis beträgt für das Pfund ausgemogene Ware:

bei Butterkäse 5.50 2.—

• Butterkäseblattkäse 4.—

• Butterkäsebutter 4.80 .

Ihr eine Altkiste:

bei Butterkäse 9.20 2.—

• Butterkäseblattkäse 6.40 .

• Butterkäsebutter 7.20 .

bei Abgabe an die Verbraucher:

zusätzlich kommt auf Abschnitt 10 der Einheitszulassung amerikanisches Schweinefleisch zur Verarbeitung, und zwar

an Personen über 6 Jahre 115 Gramm

an Personen bis zu 6 Jahren 90 Gramm.

Bei Herstellung ist der Abschnitt 10 von dem Fleischer ab-

zutrennen und auf dem Stammbuch mit dem Zettel 10 mit Ziffer

oder Ziffernblatt durchschreifen.

Der Verkaufspreis an die Verbraucher beträgt:

115 Gramm 20 Pf.

Wegen Mängeln an Kleinhändler ist es dringend nötig, den zu zahlenden Betrag abzugeben breit zu halten.

Dresden-Reutstadt, am 22. September 1919.

Die Amtshauptmannschaft.

Leuchtölversorgung.

Über den Betrieb mit dem von der zuständigen Zentralstelle angestellten Vermögen wird wie den Betrieb der Amtshauptmannschaft Dresden-Alstadt einschl. der Stadt Radeberg bestimmt.

§ 1.

Ter Bemerkung und die Abgabe von Vendobildern am Haushaltungen und Unterleiter erhält nur genau Vendobildern.

§ 2.

Die Vendobildern gilt für das Zimmerhalbjahr 1919/20 und bestreitet die Entwicklung von Vendobild nur bei dem der Betrieb der Amtshauptmannschaft Dresden-Alstadt einschl. der Stadt Radeberg in geschlossenen Verkaufsstellen 18 Pf.

Die gleiche Bemerkung und die Abgabe von Vendobildern auf Verkaufsstellen und Unterleiter erhält nur genau Vendobildern.

§ 3.

Die Vendobildern besteht aus einem Sammelstück, einem Ausmeißelkästchen und einer Abholabteilung.

Auf dem Sammelstück der Vendobildversorgung ist der Name, Stand, Wohnungs-Nr. und Postnummer mit Datum oder innerhalb dreien Minuten einzutragen.

Die Vendobildern ist nicht übertragbar.

§ 4.

Auf Abtrag erhalten:

a) Haushaltungen, denen keine betriebsfertige Gas- oder elektrische Lichtquelle zur Benutzung zur Verfügung steht, je eine rote Vendobildkarte,

b) Unterleiter, die von der Haushaltung getrennte Blumen bewohnen und diese keine betriebsfertige Gas- oder elektrische Lichtquelle in dieser Blumen zur Benutzung zur Verfügung steht, je eine grüne Vendobildkarte.

§ 5.

Die Vendobildern werden von den Gemeindebehörden — und nur die Bewohner der selbständigen Haushalte — ausgetragen.

Die Gemeindebehörden geben die Auskunftsstellen bekannt.

Die in § 4 unter a) und c) genannten Haushaltungen und Unterleiter haben bei Antragstellung den Nachweis zu erbringen, daß die obengenannten Voraussetzungen bei ihnen vorliegen.

Werichtet ein Aufhaber einer Vendobildkarte aus dem Besitz der Amtshauptmannschaft Dresden-Alstadt, so hat er seine Karte mit dem zur Belieferung noch nicht autorisierten Abholabteilung an die Kleinhändler abzugeben.

Auslieferung nach den Grundlagen des § 4; die bereits zur Belieferung aufgewandten Abholabteilungen sind von der Gemeindebehörde vor Ablaufblauf der Karte abzutrennen. Solche nachträglich ausgetrennten Karten sind von der Gemeindebehörde durch Anbruch des Kleinhändlers auf Stamm- und Ausmeißelkästchen besonders kennlich zu machen.

§ 6.

Die Lieferung von Vendobild erfolgt nur durch die von der Amtshauptmannschaft als Verkaufsstellen beauftragten Kleinhändler.

In Verhältnis der Verkaufsstellen ist dieser Belieferungsgrad als Abstand bezeichnet.

Angestellte Kleinhändler haben in ihrem Geschäft noch auch einen mit dem Gemeindebehörden vereinbarten Abstand mit der Auskunft „Vendobildversorgung“ anzubringen. Weitere Anfordungen über den Abstand von Vendobild ist, g. B. in den Zeitungen oder durch Anklage, und verboten. Möglicherweise darf die Belieferung durch Kleinhändler ausgeschlossen werden.

§ 7.

Die Verbraucher haben sich in der Zeit vom 29. September bis 2. Oktober 1919 bei einem Verkaufsstelle angemeldet und dabei die Vendobildkarte vorliegen.

Die Kleinhändler haben den Ausmeißelkästchen der Vendobildkarte abzutrennen und aufzuknüpfen und auf der Vorderseite des Stammbuches der Vendobildkarte zur Belieferung der Ausmeißelkästchen abzutrennen.

Solche Ausmeißelkästchen sind von den Kleinhändlern auf Stamm- und Ausmeißelkästchen einzutragen.

§ 8.

Die Kleinhändler haben nach Ablauf der Ausmeißelkästchen bis 10 Uhr abends und 10 Uhr morgens die Kleinhändler abzugeben.

Die Kleinhändler haben nach Ablauf der Ausmeißelkästchen bis 10 Uhr abends und 10 Uhr morgens die Kleinhändler abzugeben.

Die Kleinhändler haben nach Ablauf der Ausmeißelkästchen bis 10 Uhr abends und 10 Uhr morgens die Kleinhändler abzugeben.

§ 9.

Die Kleinhändler haben nach Ablauf der Ausmeißelkästchen bis 10 Uhr abends und 10 Uhr morgens die Kleinhändler abzugeben.

Die Kleinhändler haben nach Ablauf der Ausmeißelkästchen bis 10 Uhr abends und 10 Uhr morgens die Kleinhändler abzugeben.

§ 10.

Die Kleinhändler haben nach Ablauf der Ausmeißelkästchen bis 10 Uhr abends und 10 Uhr morgens die Kleinhändler abzugeben.

Die Kleinhändler haben nach Ablauf der Ausmeißelkästchen bis 10 Uhr abends und 10 Uhr morgens die Kleinhändler abzugeben.

§ 11.

Die Kleinhändler haben nach Ablauf der Ausmeißelkästchen bis 10 Uhr abends und 10 Uhr morgens die Kleinhändler abzugeben.

Die Kleinhändler haben nach Ablauf der Ausmeißelkästchen bis 10 Uhr abends und 10 Uhr morgens die Kleinhändler abzugeben.

§ 12.

Die Kleinhändler haben nach Ablauf der Ausmeißelkästchen bis 10 Uhr abends und 10 Uhr morgens die Kleinhändler abzugeben.

Die Kleinhändler haben nach Ablauf der Ausmeißelkästchen bis 10 Uhr abends und 10 Uhr morgens die Kleinhändler abzugeben.

§ 13.

Die Kleinhändler haben nach Ablauf der Ausmeißelkästchen bis 10 Uhr abends und 10 Uhr morgens die Kleinhändler abzugeben.

Die Kleinhändler haben nach Ablauf der Ausmeißelkästchen bis 10 Uhr abends und 10 Uhr morgens die Kleinhändler abzugeben.

§ 14.